

V-60 Für eine progressive Finanzpolitik, weg mit der Schuldenbremsen-Ideologie!

Antragsteller*in: Vincent Lohmann (KV Krefeld)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1 Wenn Rechtsextreme und Faschisten erstarren, unsere Infrastruktur zerfällt und
2 die Klimakatastrophe langsam unsere Lebensgrundlagen zerstört, dann muss sich
3 dringend etwas grundsätzlich ändern.

4 Deshalb fordern wir als Bündnis 90/Die Grünen für den Erhalt der Demokratie, für
5 effektiven Klimaschutz und für eine gerechtere Gesellschaft:

6 **Die Abschaffung der Schuldenbremse und ein Bekenntnis zu** 7 **einer progressiven Finanzpolitik.**

8 Die Kreditaufnahme ist auch nach der Abschaffung der Schuldenbremse durch die
9 europäischen Schuldenregeln (Verträge von Maastricht) beschränkt. Perspektivisch
10 sollten diese reformiert werden, um eine progressive, europäische Finanzpolitik
11 zu ermöglichen.

12 Um den Herausforderungen unserer Zeit gerecht zu werden – sei es der Kampf gegen
13 den Klimawandel, der Erhalt der Demokratie oder die Sicherung sozialer
14 Gerechtigkeit – müssen wir die Ideologie der starren Sparpolitik und der
15 Schuldenbremse überwinden. Stattdessen muss der Staat die Möglichkeit dazu
16 haben, einen Haushalt aufzustellen, ohne dabei abhängig von Steuereinnahmen zu
17 sein. Die Schuldenbremse behindert jedoch genau diese Flexibilität und
18 verschärft dadurch viele Probleme.

19 Im Folgenden zeigen wir auf, warum die Schuldenbremse abgeschafft werden sollte
20 und wie eine progressive Finanzpolitik dazu beitragen kann, eine gerechtere und
21 nachhaltigere Gesellschaft zu erreichen:

22 **1. Der Staat ist kein privater Haushalt**

23 Die Annahme, ein Staatshaushalt hätte die gleiche Funktionsweise wie ein
24 privater Haushalt, ist ein Trugschluss, welchem wir uns bewusst entgegensetzen
25 müssen.

26 Denn wer Sparsamkeit des Staates verlangt, verlangt damit auch geringere
27 Einnahmen der privaten Haushalte und Unternehmen.

28 Zwischen den Ausgaben des Staates und den Einnahmen der Unternehmen und
29 privaten

Haushalte besteht ein eindeutiger kausaler Zusammenhang.

30 Das führt dazu, dass unsere Wirtschaft von den Ausgaben und Investitionen des
31 Staates langfristig profitiert und damit auch die Attraktivität des
32 Produktionsstandortes Deutschland.

33 Die Kreditaufnahme oder auch Schulden sind deshalb nicht negativ zu bewerten,
34 sondern als Investition in unser Land und unsere Demokratie.

35 **2. Der Staat als Schöpfer seiner eigenen Währung**

36 Der deutsche Staat ist einer der Herausgeber des Euros und ist deshalb nicht auf
37 Einnahmen angewiesen, um Ausgaben zu tätigen. Vielmehr muss Deutschland als
38 Währungs herausgeber erst Geld ausgeben, um es dann wieder einnehmen zu können.
39 Ein Kino kann auch erst Tickets „einnehmen“, wenn es sie vorher „ausgegeben“
40 hat.

41 Die Schuldenbremse ignoriert diese Realität und zwingt den Staat dazu, wie ein
42 privater Haushalt zu agieren. Das Ergebnis: Marode öffentliche Infrastruktur,
43 geringes Wirtschaftswachstum, mangelnde Investitionen in Klimaschutz und
44 Zukunftstechnologien und ein viel zu schwacher Sozialstaat.

45 **3. Steuern zum Steuern, nicht zur Finanzierung von** 46 **Staatsausgaben**

47 Steuern haben deshalb nicht die Aufgabe, die Ausgaben des Staates zu
48 finanzieren. Sie dienen dazu, die Nachfrage zu steuern und soziale Ungleichheit
49 zu verringern. Außerdem können sie dem Staat auch dazu dienen, überschüssige
50 Kaufkraft abzuschöpfen, um Inflation zu verhindern.

51 Durch die Fesseln der Schuldenbremse werden Steuern allerdings hauptsächlich als
52 Mittel zur Finanzierung von Staatsausgaben gesehen. Die Abschaffung der
53 Schuldenbremse würde deshalb ermöglichen, den Fokus stärker auf die realen
54 Aufgaben der Steuerpolitik zu richten: Auf die Steuerung der
55 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Förderung sozialer Gerechtigkeit,
56 anstatt auf Haushaltskonsolidierung.

57 **4. Reale Ressourcen sind die wahre Grenzen staatlicher** 58 **Ausgaben**

59 Die wahre Grenze staatlicher Ausgaben liegt nicht in der Höhe der
60 Staatsverschuldung oder Schuldenquote, sondern in der Verfügbarkeit von realen
61 Ressourcen wie Arbeitskräften, Rohstoffen und Produktionskapazitäten. Solange
62 diese Ressourcen nicht genutzt werden, kann der Staat sie durch seine Ausgaben
63 mobilisieren, ohne negative Konsequenzen wie Inflation befürchten zu müssen.

64 Die Schuldenbremse richtet sich jedoch nach abstrakten Verschuldungsgrenzen, die
65 nichts über die reale Kapazität der Wirtschaft aussagen. Progressive
66 Finanzpolitik hingegen würde es dem Staat ermöglichen, ungenutzte Ressourcen wie
67 Arbeitslose und ungenutzte Produktionskapazitäten zu mobilisieren und so die
68 Produktivität unserer Wirtschaft zu steigern.

69 **5. Schutz vor Inflation durch gezielte finanzpolitische** 70 **Maßnahmen**

71 Die Schuldenbremse wird fälschlicherweise häufig mit dem Argument
72 gerechtfertigt, sie schütze vor Inflation. Jedoch ist es bei Inflation wichtig
73 zu unterscheiden, ob es sich um eine angebots- oder nachfrageseitige Inflation
74 handelt, um passende Gegenmaßnahmen treffen zu können.

75 Eine angebotsseitige Inflation entsteht, wenn die Kosten der Unternehmen steigen
76 und sie diese Kosten in Form von höheren Preisen an die Kunden weitergeben.

77 Diese Form von Inflation haben wir alle erst vor Kurzem durch den Angriffskrieg
78 Russlands auf die Ukraine erlebt, wodurch sich die Kosten für Erdöl und Erdgas
79 schlagartig erhöhten. Diese Inflation wurde von der Ampelkoalition durch die
80 Energiepreisbremse abgefedert, da diese die Energiepreise für den Grundverbrauch
81 deckelte. Diese Energiepreisbremse konnte nur über Schulden finanziert werden,
82 die durch das Aussetzen der Schuldenbremse möglich waren. Das Einhalten der
83 Schuldenbremse hätte deshalb in diesem Fall zu einer deutlich stärkeren
84 Inflation geführt.

85 Allerdings hätte die Inflation noch geringer ausfallen können, wenn die
86 Regierung vor der Krise deutlich mehr in erneuerbare Energien investiert hätte,
87 da dies die Abhängigkeit von Öl und Erdgas reduziert hätte.
88 Weitgehende Investitionen in erneuerbare Energien waren jedoch auch wegen der
89 Schuldenbremse nicht möglich.

90 Eine nachfrageseitige Inflation entsteht dann, wenn die gesamtwirtschaftliche
91 Nachfrage die Produktionskapazitäten übersteigt. Dies kann zum Beispiel durch
92 hohe Lohnsteigerungen entstehen. Dies kann eine Schuldenbremse jedoch auch nicht
93 verhindern.

94 Statt also vergeblich die Ursache der Inflation in den Staatsschulden zu suchen,
95 braucht es gezielte finanzpolitische Maßnahmen, welche die Ursachen der
96 Inflation berücksichtigen.

97 **6. Proaktives statt reaktionäres Handeln**

98 Momentan ist der Staat in seinem Handeln darauf beschränkt, nach Krisen durch
99 Aussetzen der Schuldenbremse die Folgen der Krise abzumildern. Allerdings ist in
100 nahezu allen Fällen die Krisenprävention deutlich günstiger als die Reaktion auf
101 diese.

102 Im Fall der Klimakatastrophe ist reaktionäres Handeln oftmals sogar gar nicht
103 mehr möglich, da viele Folgen der Klimakatastrophe irreversibel sind. Hier
104 benötigt es jetzt Milliardeninvestitionen in Klimaschutz, welche mit der
105 Schuldenbremse nicht zu stemmen sind.

106 Je früher wir in Klimaschutz investieren, desto effektiver und günstiger ist
107 dieser. Deshalb muss der Staat auch die Möglichkeit haben, sich präventiv gegen
108 Krisen zu wappnen. Wenn der Staat jedoch durch die Fesseln der Schuldenbremse
109 finanziell stark eingeschränkt ist, gibt es kaum Möglichkeiten für höhere
110 Staatsausgaben, um die Prävention für zukünftige Krisen zu finanzieren.

111 **7. Erreichen von nachhaltigem Wirtschaftswachstum, sozialer** 112 **Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung**

113 Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung
114 erreichen zu können, braucht es einen handlungsfähigen Staat, der nicht von den
115 Fesseln der Schuldenbremse eingeschränkt wird.

116 Wirtschaftswachstum erfordert vor allem die staatliche Steuerung der
117 gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und die Subventionierung von sinnvollen
118 Projekten. Momentan ist die Nachfrage in Deutschland stark unter ihrem
119 Potential, auch aufgrund der hohen Preissteigerungen der letzten Jahre. Hier
120 kann langfristig nur ein groß angelegtes Konjunkturpaket die Nachfrage wieder
121 effektiv ankurbeln.

122 Ebenfalls benötigt es für soziale Gerechtigkeit mehr Sozialausgaben. Diese
123 Ausgaben sollten hier nicht als finanzielle Last angesehen werden, sondern als
124 Chance für unsere Wirtschaft, die durch die zusätzliche Nachfrage wieder
125 angekurbelt werden kann. Denn anders als beispielsweise eine Millionenerbin,
126 spart der Bürgergeldempfänger nicht, sondern nutzt sein gesamtes Einkommen zum
127 Konsum und steigert so die Nachfrage, was im Moment sehr gut für unsere
128 Wirtschaft wäre.

129 Für Vollbeschäftigung müssen mehr Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen
130 geschaffen werden. Denn wer auf die Selbstheilungskräfte des Marktes wartet,
131 wartet vergeblich. Arbeitslosigkeit ist ein Versagen der Finanzpolitik, keine
132 individuelle Schuld von Arbeitssuchenden. Dies zeigt sich besonders in der
133 aktuellen Wirtschaftslage, wo es deutlich mehr Arbeitslose als offene Stellen
134 gibt.

135 In der aktuellen Wirtschaftslage ist es ohne staatliches Eingreifen unmöglich,
136 dass alle jobsuchenden Personen einen Job finden können. Egal, wie sehr sie sich
137 anstrengen.

138 Ohne die Abschaffung der Schuldenbremse ist das Erreichen aller dieser Ziele
139 nicht möglich.

140 **8. Klimaschutz und ökologische Transformation**

141 Die Einhaltung der Klimaziele erfordert massive Investitionen in grüne
142 Technologien, erneuerbare Energien und nachhaltige Infrastruktur. Diese werden
143 jedoch durch die Schuldenbremse auf ein Minimum reduziert.

144 Ohne deutlich höhere öffentliche Investitionen wird der ökologische Umbau der
145 Wirtschaft verzögert, was langfristig nicht nur zu höheren Kosten, sondern auch
146 zu schweren Klimafolgen für uns alle führt.

147 Hier muss die Finanzpolitik die Bekämpfung der Klimakrise unterstützen, nicht
148 verhindern!

149 **9. Funktionierende Infrastruktur statt Investitionsstau**

150 Die strikte Begrenzung der staatlichen Ausgaben durch die Schuldenbremse hat
151 bereits zu einem massiven Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur,
152 Bildung, Gesundheit und beim Klimaschutz geführt. Als die drittgrößte
153 Volkswirtschaft der Welt investieren wir viel zu wenig in unsere Infrastruktur.
154 Dafür ist die Schuldenbremse verantwortlich.

155 Ohne ausreichend staatliche Investitionen verfallen öffentliche Güter, was sich
156 zunehmend spürbar für uns alle zeigt. Trotzdem lassen wir zu, dass die
157 Schuldenbremse den dringend notwendigen Wandel zu einer klimaneutralen und
158 sozial gerechten Gesellschaft blockiert.

159 **10. Sparpolitik führt zur Erstarkung von Rechtsextremismus**

160 Historisch hat sich immer wieder gezeigt, dass Sparpolitik zum Erstarken von
161 rechtsextremen Kräften führt. Die Machtergreifung der Nationalsozialisten wäre
162 1933 wahrscheinlich nicht so einfach möglich gewesen, wenn 1930 Reichskanzler
163 Brüning durch seine Sparpolitik nicht massive soziale Verwerfungen und damit
164 eine große Wirtschaftskrise ausgelöst hätte.

165 Der gleiche Zusammenhang bestand nicht nur damals, sondern besteht auch heute
166 immer noch.
167 Nach der Finanzkrise 2007 konnte dies auch in Griechenland beobachtet werden.
168 Aufgrund der aufgezwungenen Austeritätspolitik kam es dort zu einem starken
169 Zulauf zu rechtsextremen Parteien. Und aktuell führt bei uns Sparpolitik zum
170 Erstarren der rechtsextremen AfD.
171 Sparpolitik sorgt für gesellschaftliche Verwerfungen, die das Vertrauen der
172 Bürger*innen in staatliche Institutionen schwächen. Wenn Menschen das Gefühl
173 haben, dass der Staat nicht in ihre Zukunft investiert und soziale
174 Sicherungssysteme aushöhlt, wenden sich viele radikalen Kräften zu. Die
175 Schuldenbremse verstärkt das Gefühl der Abgehängten und fördert damit auch
176 Populismus.

weitere Antragsteller*innen

Karsten Ludwig (KV Krefeld); Nico Söhnel (KV Wolfenbüttel); Chima Onyegbari (KV Krefeld); Alexander Kredel (KV Krefeld); Roxanne Motté (KV Krefeld); Dietmar Meinel (KV Krefeld); Julia Paschek (KV Krefeld); Julia Müller (KV Krefeld); Anja Cäsar (KV Krefeld); Verena Willinek-Heyer (KV Krefeld); Harry von Bargen (KV Krefeld); Benjamin Zander (KV Krefeld); Jessica Sharma (KV Hildesheim); Asaad Mahmoud (KV Hildesheim); Alisa Draken (KV Duisburg); Christian Böhning (KV Paderborn); Joshua Vossebrecker (KV Rheinisch-Bergischer Kreis); Malte Schäffer (KV Herford); Petra Solscheid (KV Paderborn); sowie 37 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.